

Daß nicht formell von einer Synode gesprochen wurde, hängt vermutlich mit der noch nicht offiziell wiedererrichteten Hierarchie in der Westukraine zusammen. In den letzten Jahren hatten mehrere Synoden der ukrainischen Bischöfe in Rom stattgefunden, bei denen allerdings nur die Bischöfe aus dem Ausland anwesend waren. Auf dem Treffen am 27. Juni wurden Fragen zur *Reorganisation der ukrainisch-katholischen Kirche* besprochen. Solche Fragen stehen zweifellos an: Es wird um die Diözesangrenzen gehen (einer der früheren Bischofsitze der ukrainisch-katholischen Kirche, Przemysl, liegt in Polen), um die mögliche Rückkehr des Großerbischofs nach Lemberg, die Organisation der Priesterausbildung, den Aufbau von Seelsorgsstrukturen. De facto wurden die ukrainischen Bischöfe, die bis vor kurzem im Untergrund gewirkt haben, durch das vatikanische Treffen als Mitglieder der Hierarchie anerkannt, aber die formelle Besetzung der Eparchien wird wohl erst erfolgen, wenn auch der rechtliche Status der

ukrainisch-katholischen Kirche definitiv geklärt ist. Noch offen ist auch die Frage, ob es in Zukunft, wie von ukrainischer Seite seit langem gefordert, ein ukrainisches Patriarchat geben wird.

Warten auf das neue Religionsgesetz

Im September soll das neue sowjetische *Religionsgesetz* verabschiedet werden. Die sowjetische Seite ist gegenüber dem Apostolischen Stuhl, so jedenfalls wurde es von Erzbischof Sodano dargestellt, im Wort, dann auch die Anerkennung der ukrainisch-katholischen Kirche als Rechtspersönlichkeit analog zu dem Status auszusprechen, der dann auch den anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften gewährt werden soll. Ob die Konflikte mit der orthodoxen Kirche vor Ort in der Westukraine bis dahin in den Griff zu bekommen sind, ist allerdings nicht sicher. „Le Monde“ sprach erst Ende Juni nicht von ungefähr vom „religiösen Pulverfaß Ukraine“ (27. 6. 90).

U. R.

dem die US-amerikanische Bischofskonferenz auf ihrer Vollversammlung vom November 1989 (vgl. HK, Januar 1990, 14 f.) einen neuen Anlauf unternommen und dabei eine deutlich schärfere Gangart eingeschlagen hatte, beherrschte das Thema wieder die Debatte der kirchlichen Öffentlichkeit. Der erst im November 1989 in dieses Amt gewählte Vorsitzende der „pro life“-Kommission der US-Bischofskonferenz, der New Yorker Erzbischof und Kardinal *John O'Connor*, prägte dieser Diskussion seinen Stempel auf.

Erhebliche Kritik mußten die Bischöfe für ihren Beschluß einstecken, eine internationale Werbeagentur mit der Erstellung und Durchführung einer auf fünf Jahre angelegten und rund fünf Millionen Dollar teuren Werbekampagne „für das Leben“ zu beauftragen. Kritisiert wurde zum einen, daß dieselbe Werbefirma auch für Unternehmen arbeitet, deren Produkte den Zielen der Kirche in dieser Sache zuwiderliefen, als auch die grundsätzliche Entscheidung, sich überhaupt einer Werbeagentur in dieser Angelegenheit zu bedienen (vgl. *National Catholic Reporter*, 13. 4. 90).

Selbstbewußter, weil unbelasteter kann die katholische Kirche aus einem anderen Grund agieren: Ein jahrelanger Versuch von Gegnern ihrer Position, der katholischen Kirche durch Gerichte die Steuerbefreiung aberkennen zu lassen, ist endgültig gescheitert. Nach Ansicht dieser Gruppe ist der politische Einsatz der Kirche in der Abtreibungsfrage mit der Steuerbefreiung aufgrund von Gemeinnützigkeit nicht vereinbar. Der Oberste Gerichtshof wies Ende April dieses Begehren aus formalrechtlichen Gründen letztinstanzlich ab.

USA: Kontroverse Abtreibungsdebatte

Auch noch ein Jahr nach der letzten wichtigen Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der USA vom Sommer 1989 zur Abtreibungsfrage (vgl. HK, August 1989, 349) beherrscht dieses Thema die öffentliche Diskussion des Landes. Entgegen den Erwartungen aufgrund des sogenannten „Webster“-Urteils vom vergangenen Jahr sind die Gegner einer „liberalen“ Abtreibungsgesetzgebung zwar insgesamt in die *Defensive* geraten; das bedeutet jedoch nicht, daß sie in den verschiedenen Bundesstaaten mit ihren Anliegen gänzlich chancenlos wären. Die Spannweite der inzwischen modifizierten Gesetzesregelungen reicht von der Marianeninsel *Guam*, wo die Abtreibung seit neuestem nur bei Gefährdung des Lebens der Schwangeren erlaubt ist, bis *Connecticut*, dessen Senat die auf den Entscheid

des „Supreme Court“ zurückgehende weitläufige Fristenlösung von 1973 für diesen Bundesstaat eigens gesetzlich festschrieb.

In mehreren Bundesstaaten kamen bereits beschlossene, restriktivere gesetzliche Regelungen des Abtreibungsrechts zu Fall. Als „begrenzte Erfolge“ wurden von der Seite der Abtreibungsgegner zwei Urteile des Obersten Gerichtshofes vom Juni in bezug auf bundesstaatliche Gesetze von *Ohio* und *Minnesota* eingestuft: Das gesetzlich vorgeschriebene Einverständnis der Eltern bzw. von Elternteilen im Fall von minderjährigen Schwangeren, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen, wurde bestätigt.

Nicht minder kontrovers geht es bezüglich der Abtreibungsfrage weiterhin innerhalb der katholischen Kirche des Landes zu. Ein halbes Jahr, nach-

Die Katholiken und die „pro choice“-Position

In der von den Bischöfen vergangenen November verabschiedeten Erklärung (Wortlaut in: *Origins*, 16.11.89, 395 f.) hieß es: „Kein Katholik kann auf verantwortliche Weise eine ‚pro choice‘-Position einnehmen, wenn ‚choice‘ (zu deutsch: freie Wahl) be-

sagt, daß unschuldiges menschliches Leben dabei zu Schaden kommt.“ Wie schon nach der Vollversammlung der Bischöfe kreiste daher die Diskussion der letzten Monate vor allem um die Haltung von Bischöfen gegenüber solchen Katholiken, die – zumal wenn sie herausgehobene *öffentliche Funktionen* innehaben – für die Beibehaltung des geltenden liberalen Abtreibungsrechts oder zumindest nicht aktiv für dessen Abänderung eintreten, selbst wenn sie persönlich die Abtreibung für ethisch unvertretbar halten.

In einem Interview mit dem „Catholic News Service“ (5.4.90) unterschied Kardinal O'Connor zwischen der Vorgehensweise der Bischöfe insgesamt und derjenigen einzelner Bischöfe: Den Bischöfen zusammen gehe es mehr um eine Verstärkung der *Überzeugungsarbeit* und weniger um die Verhängung von *Sanktionen* gegenüber Inhabern öffentlicher Ämter. Dies schließe jedoch nicht aus, daß die Bischöfe in ihren Diözesen anders vorgehen. Als mögliche Sanktionen nannte O'Connor die Verweigerung von kirchlichen Ehrungen bzw. akademischen Ehrungen durch katholische Colleges und Universitäten sowie den Ausschluß von verschiedenen Gemeindediensten.

Kardinal O'Connor selbst gehört eindeutig zu denjenigen Bischöfen, die in manchen Fällen sogar mit der Exkommunikation drohen. Der für seine harte Haltung ebenso wie für seine publikums- und medienwirksamen Auftritte bekannte New Yorker Erzbischof bezeichnete in einer Erklärung die Exkommunikation als unter bestimmten Umständen „einzig mögliche Option“ (Can 1398 CIC sieht die Exkommunikation als Tatstrafe für denjenigen vor, der eine Abtreibung „vornimmt“).

Ausdrücklich kritisierte O'Connor den Gouverneur des Bundesstaates New York und prominenten katholischen Vertreter der Demokraten, *Mario Cuomo*. Cuomo gilt z.Z. als einziger Demokrat, der bei den kommenden Präsidentschaftswahlen mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg dem derzeitigen Amtsinhaber, *George Bush*, Paroli bieten könnte. Schon seit lan-

gem wird Cuomo wegen seiner Haltung in der Abtreibungsfrage von Abtreibungsgegnern gescholten. Cuomo läßt zwar über seine *persönlich moralische* Bewertung der Abtreibung als *Katholik* keinen Zweifel aufkommen, unterscheidet davon aber scharf seine *strafrechtliche und politische* Bewertung der Abtreibung, respektiert die Fristenlösung als geltendes Recht und bejaht die Möglichkeit der Frauen, in dieser Frage aufgrund ihres persönlichen Gewissens selbst entscheiden zu können.

Der neue Bischof von Brooklyn (US-Bundesstaat New York), *Thomas Daily*, hatte Cuomo im Frühjahr kurz nach seinem Amtsantritt bereits untersagt, in Pfarreien und kirchlichen Einrichtungen seines Bistums aufzutreten (vgl. HK, April 1990, 196). Unterdessen modifizierte Daily seine Haltung aber dahingehend, daß Cuomo nunmehr untersagt ist, in Pfarreien und kirchlichen Einrichtungen zum Abtreibungsthema zu sprechen. Innerhalb der einflußreichen katholischen Laienorganisation „Knights of Columbus“ sorgte die Aufforderung für Aufsehen, den demokratischen Senator des Bundesstaates Massachusetts, *Edward Kennedy*, und andere prominente Politiker wegen ihrer Haltung in der Abtreibungsfrage auszuschließen.

Überzeugungsarbeit oder Sanktionen?

Wie kontrovers gegenwärtig auch innerkirchlich die kirchenoffizielle Vorgehensweise in der Abtreibungsfrage bewertet wird, zeigen jedoch nicht zuletzt Äußerungen von zwei prominenten und zum „liberalen“ Flügel der Bischofskonferenz zählenden US-Bischöfen. In einer Ansprache vor der Washingtoner Georgetown University (Wortlaut in: *Origins*, 12.4.90, 741 ff.) sprach der Erzbischof von Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin*, von der Gefahr, zunehmend „schrill und scharf“ für die „pro life“-Position einzutreten, den Blickwinkel dabei aber auf die Abtreibung als einziges Thema zu verengen und andere Bedrohungen menschlichen Lebens aus den Augen zu verlieren. Er nannte es

eine „Versuchung“, lediglich Positionen zu vertreten, dabei aber zu vergessen, daß man in einer pluralistischen Gesellschaft nicht umhin komme zu überzeugen, Koalitionen zu bilden, öffentliche Meinung zu gestalten. Zentrales Anliegen Bernardins bei dieser Ansprache war es, das Abtreibungsthema in einen breiteren Kontext einer „konsistenten Lebensethik“ einzuordnen.

In der öffentlichen Auseinandersetzung solle die Kirche auf die *moralische Überzeugungsarbeit* setzen und nicht auf irgendwelche *Strafmaßnahmen*. Zur Haltung von prominenten Katholiken in öffentlichen Ämtern zu dieser Frage meinte Bernardin, wer als Inhaber öffentlicher Ämter davon überzeugt sei, daß es sich bei der Abtreibung um ein moralisches Übel handle, habe auch die Verantwortung, ihr Ausmaß zu begrenzen, sich für ihre Vermeidung und den Schutz des ungeborenen Lebens einzusetzen.

Ein überaus geteiltes Echo erntete schließlich der Erzbischof von Milwaukee (Wisconsin), *Remberth Weakland*, mit einer ungewohnt offenen Kritik an Teilen der „pro life“-Bewegung. Anhörungen zum Komplex Abtreibung, die auf seine Einladung hin Ende März, Anfang April stattfanden, nahm Weakland zum Anlaß, bei aller Entschiedenheit in der Sache für eine differenzierte Wahrnehmung der Wirklichkeit zu plädieren und sich von extremen Formen militanter Abtreibungsgegner zu distanzieren. In einem zusammenfassenden Kommentar (Wortlaut in: *The Catholic Herald*, 24.5.90) bezeichnete Weakland die Auseinandersetzung um dieses Thema als nicht selten zu „*simpel*“, als daß man der Komplexität der davon berührten Fragen gerecht würde. So habe er bei den Anhörungen keine katholische Frau erlebt, die Abtreibung gutheiße. Alle sähen darin eine *Tragödie*, zu der niemand genötigt sein solle, Zuflucht zu nehmen.

Wie vor ihm schon Bernardin setzte auch Weakland sich für einen breiteren Ansatz beim Schutz des Lebens ein: „Wo immer menschliches Leben getötet werde, handle es sich um eine ernste ethische Frage, bei der Abtrei-

bung nicht weniger als im Fall eines Krieges oder bei der Todesstrafe. Weakland machte auch deutlich, daß viele Priester nicht mit der „pro life“-Bewegung identifiziert werden möchten: Man lehne ihre „geistige Enge“ ab, ihr praktisches Vorgehen in der Öffentlichkeit, ihre Weigerung, eine konsistente Lebensethik als Ansatz zu akzeptieren. Zur Frage der künstlichen Empfängnisregelung stellte Weakland einen „tiefen Graben“ zwischen der amtlichen kirchlichen Lehre und ihrer Nicht-Annahme durch die Frauen fest und zitierte eine Teilnehmerin mit der Bemerkung: „Wir möchten vor der Empfängnis die Wahl haben“. Die Diskussion um den Zeitpunkt der Empfängnis resümierte Weakland mit dem Satz, die Empfängnis sei ein „Prozeß“, nicht ein „bestimmter Moment“. Im übrigen sprach sich Weakland dafür aus, daß seiner Ansicht nach die gesamte Zielrichtung kirchlicher Aktivitäten auf diesem Gebiet überdacht werden müsse: „Wir Katholiken müssen uns darüber klar werden, daß gesetzliche Positionen manchmal mit unseren Lehrauffassungen nicht übereinstimmen. Wir müssen lernen, wie wir in einer pluralistischen Gesellschaft leben, ohne erwar-

ten zu können, daß jede Morallehre in der Gesetzgebung ihre Entsprechung findet...“

Zum Hintergrund der Stellungnahme von Bernardin wie auch Weakland gehört das in der US-Kirche verbreitete Bedürfnis, in Zeiten einer sich verschärfenden Auseinandersetzung um das Abtreibungsthema nicht unterschiedslos identifiziert zu werden mit allem, was in den USA unter dem Stichwort „pro life“-Bewegung firmiert. Im Stile neuerer sozialer Bewegungen ist die „pro life“-Bewegung eine verschiedenste konfessionelle und politische Lager übergreifende Ad-hoc-Koalition, die aus der Gegnerschaft zum geltenden Abtreibungsrecht entstanden ist. Damit endet aber auch schon vielfach das allen Gemeinsame. Über die politischen und sonstigen Methoden im Verfolgen der Ziele sowie über die Einordnung des Abtreibungsthemas in eine breite Sicht von Sozialpolitik und Lebensethik besteht keine Einigkeit. Im Gegenteil. Gerade die US-Kirche trifft in Kreisen der „pro life“-Bewegung in bezug auf eine Reihe sozialetischer Fragen, aber auch ihre Haltung zur US-Lateinamerikapolitik, auf erbitterteste Gegnerschaft.

K. N.

Gewinner und Verlierer

Es ist unmittelbar nach Amtsantritt (28. Juli) noch zu früh, Fujimori als unfähigen, populistischen Emporkömmling und „Quacksalber“ („Neue Zürcher Zeitung“ vom 14.6.) enttarnen zu wollen, wenngleich vieles darauf hindeutet, daß das peruanische Volk genauer wußte, wen es nicht wählen, als wen es wählen wollte. Der Verlierer Vargas Llosa hatte sich seine Kandidatur gründlich überlegt. Als er dann antrat, verstand und präsentierte er sich als Alternative zu dem glücklosen *Alán García*, auf den sich, als er 1985 sein Amt antrat, die Hoffnungen nicht nur der Peruaner, sondern Lateinamerikas richteten (vgl. HK, März 1990, 108 ff.). Nach seiner Entscheidung, die hohe *Verschuldung des Landes* nur noch mit jährlich zehn Prozent der Exporterlöse zu tilgen, war Peru auf dem Weltmarkt isoliert, für kreditunwürdig erklärt worden und trieb immer tiefer in die wirtschaftliche Katastrophe. Unter *Alán Garcías* Regierung radikalisierte sich die maoistische Guerilla „Sendero Luminoso“ weiter zur Terrororganisation, die Streitkräfte konnten ihrer Herr werden. Die Regierungspartei APRA, Mitglied der Sozialistischen Internationale, wurde unter *García* in einem Ausmaß korrupt, das selbst für lateinamerikanische Verhältnisse skandalös wirkte. Vor den Juni-Wahlen lag die Inflationsrate knapp unter 2000 Prozent, die Realeinkommen waren (im Vergleich zu 1973) um 72 Prozent gesunken. Vier von fünf erwerbsfähigen Peruanern haben derzeit keinen festen Arbeitsplatz. Nach einem ohnehin starken Produktionsrückgang im Agrarsektor hat die anhaltende Dürre bis zu 80 Prozent der erwarteten Ernte vernichtet. Die Devisenreserven Perus sind auf 35 Millionen Dollar gesunken, weniger als die Importkosten für eine Woche.

Vargas Llosa, der beim ersten Wahldurchgang im April 27,6 Prozent der Stimmen, drei Prozent mehr als Fujimori, erhielt, versprach in einem aufwendigen Wahlkampf wirtschaftliche Gesundung durch eine kurze, wenn auch schmerzhaft radikale und plädierte für einen *liberalistischen, auf*

Peru nach den Wahlen: Worauf setzte das Volk?

Die Präsidentschaftswahlen in Peru, das schlimmer als jedes andere südamerikanische Land von politischer Gewalt und wirtschaftlichem Niedergang heimgesucht wird, fanden einen das In- und Ausland gleichermaßen überraschenden Ausgang: Der wenige Monate vor dem ersten Wahlgang am 8. April noch völlig unbekannte Agonom *Alberto Kenyo Fujimori* schlug bei der Stichwahl am 10. Juli mit 56,6 Prozent der Stimmen seinen Gegenkandidaten, den weltbekanntesten Schriftsteller *Mario Vargas Llosa* (33,9 Prozent). Von großer, möglicherweise entscheidender Bedeutung für dieses Wahler-

gebnis war die Unterstützung Fujimoris durch *Mitglieder evangelikaler Sekten*, die sich als äußerst wirksame Wahlhelfer erwiesen. Daß im „katholischen Kontinent“ Lateinamerika eine Wahl von einer gesellschaftlichen Kraft mitentschieden werden könnte, die sich kirchlich, aber nicht katholisch definiert, hätte Anfang des Jahres wohl noch niemand für möglich gehalten. Es wäre jedoch zu einfach, würde man den Wahlerfolg Fujimoris den Sekten zuschreiben, wie es manche in der – offenbar recht geschockten – katholischen Kirche des Landes getan haben.